

Protokollauszug

Sitzung des Bau- und Sanierungsausschusses vom 12.01.2026

TOP 6.1. Bauleitplanung der Hansestadt Wismar,

66. Änderung des Flächennutzungsplanes „Umwandlung von gewerblichen Bauflächen und Grünflächen mit Zweckbestimmung Dauerkleingärten in ein Sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung Bildungscampus“,

Aufstellungsbeschluss

ungeändert beschlossen

VO/2025/0584

Herr Bohacek ruft die Vorlage auf und erteilt Frau Domschat-Jahnke das Wort.

Frau Domschat-Jahnke erläutert die Änderung des Flächennutzungsplans und in dem Zusammenhang auch die B-Plan Aufstellung, über welche in der nächsten Vorlage abgestimmt wird.

Wortmeldungen: Fr. Schmidt-Blaahs, Hr. Helbig, Fr. Keßler, Hr. Berkahn, Hr. Plath (Mitarbeiter Landkreis NWM), Hr. Tiedke zu folgenden Themen:

- Eigentum Straßen und Wege
- Fläche des Geltungsbereiches
- Verkehrsanbindungen
- Ausgleichsflächen/ Grünflächen

Beschluss:

1. Die Bürgerschaft der Hansestadt Wismar beschließt, für die im rechtskräftigen Flächennutzungsplan der Hansestadt Wismar ausgewiesenen gewerblichen Bauflächen sowie Grünflächen mit Zweckbestimmung Dauerkleingärten im Bereich Lembkenhof/ Lübsche Burg ein Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplanes durchzuführen.

2. Der Bereich der Änderung wird wie folgt begrenzt:

im Norden: durch die Dauerkleingartenanlage „Wendorf II“ e.V.

im Osten: durch Flächen aufgelassener Kleingärten, der Kita „Hansehüppers“, einer Sporthalle sowie eines Lidl-Marktes

im Süden: durch die Wohnbebauung südlich der Lübschen Straße

im Westen: durch die Wohnbebauung Lübsche Straße 215 sowie den PSV-Sportplatz

(siehe Anlagen)

3. Die Änderung des Flächennutzungsplanes erhält die Bezeichnung: 66. Änderung des Flächennutzungsplanes „Umwandlung von gewerblichen Bauflächen und Grünflächen mit Zweckbestimmung Dauerkleingärten in ein Sonstiges Sondergebiet Bildungscampus“

4. Der Beschluss zur Aufstellung der 66. Änderung des Flächennutzungsplanes ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB amtlich bekannt zu machen.

5. Die gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 vorgesehene frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung ist von der Verwaltung durchzuführen.

6. Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 und 2 BauGB ist durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7

Nein-Stimmen: /

Enthaltungen: 1